



Stark an Ihrer Seite

INFO

Hauptschulinitiative: Probleme der Hauptschule werden nicht gelöst

-- BLLV-Befragung von 660 Hauptschullehrern --

Bei einer Befragung im Juli 2009 äußerte sich die große Mehrheit der Hauptschullehrer skeptisch zu den vom Kultusministerium geplanten Reformmaßnahmen an den bayerischen Hauptschulen. Mit den Kooperationsmodellen von Haupt- und Realschulen, der Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Mittelschulen, mit Schulverbänden und Dialogforen können nach ihrer Meinung weder die zentralen Probleme der Hauptschulen gelöst, noch die hochgesteckten Ziele des Ministerium erreicht werden. Entsprechend schlecht fiel die Note für die bayerische Schulpolitik aus: 4,96.

Die Hauptschulen sind mit folgenden fünf zentralen Problemen konfrontiert, die zu lösen sind:

- Verbesserung der Akzeptanz der Hauptschule durch die Eltern
- Verbesserung der Akzeptanz der Hauptschüler durch die Wirtschaft
- Stopp des Schülerrückgangs an den Hauptschulen
- Erhalt der kleinen Hauptschulen insbesondere in ländlichen Regionen
- Verhinderung der Konzentration schwierig zu unterrichtender Schüler an Hauptschulen

Ergänzt wurden diese Fragestellungen durch eine Frage nach der Umsetzbarkeit der einzelnen Initiativen an der jeweiligen Hauptschule des Befragten.

Für das Gesamtpaket der Hauptschulinitiative nannte der Kultusminister wiederholt diese fünf Ziele:

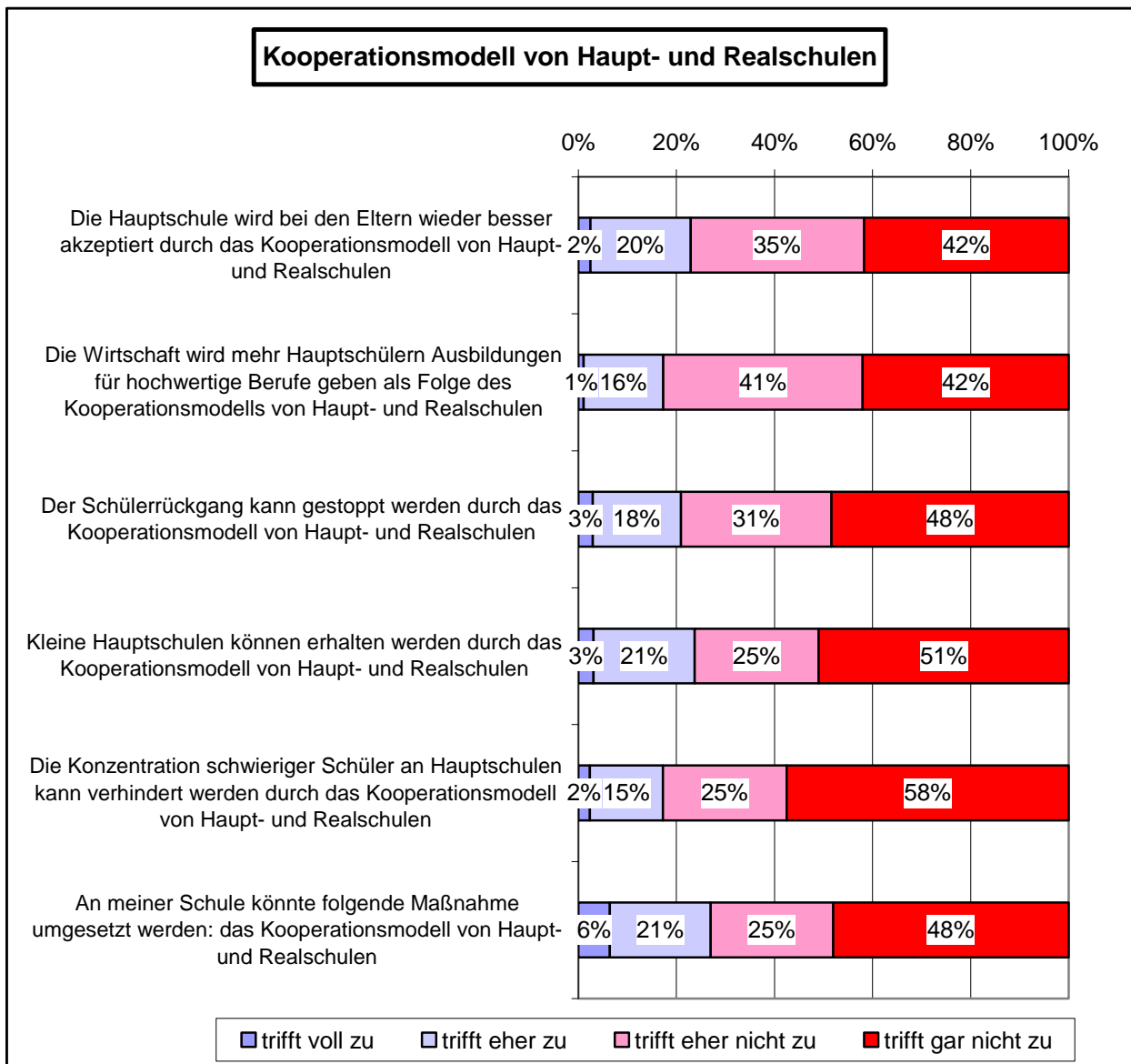
- Bessere Förderung aller Schüler
- Mehr Durchlässigkeit des Schulsystems
- Schulerfolg unabhängig von der Sozialen Herkunft
- Regional angemessene Problemlösungen
- Erhalt der wohnortnahen Schulen

Der BLLV wollte mit der Befragung erfahren, wie die Hauptschullehrer die Möglichkeiten einer nachhaltigen Problemlösung und die Erreichung der proklamierten Ziele einschätzen.

Den Abschluss der Befragung bildet die Benotung der Leistungen der bayerischen Schulpolitik.



1. Kooperationsmodell von Haupt- und Realschulen



16 Kooperationsmodelle von Haupt- und Realschulen wurden für das Schuljahr 2009/10 genehmigt. Weitere sollen folgen. Zweizügige Hauptschulen mit einem Ganztagszug sollen in räumlicher Nähe mit einer bestehenden oder neu zu gründenden Realschule in Förder- und Intensivierungsstunden evtl. auch in Wahlfächern kooperieren, nicht aber im Pflichtunterricht. Schulleitungen, Elternbeiräten, Schulträgern und Schulaufsichten der Hauptschulen und der Realschulen müssen der Kooperation zustimmen.

Eine mehr oder weniger starke Hoffnung auf die Lösung der genannten Akzeptanz- und Bestandsprobleme äußern jedoch nur zwischen 17% und 24%, umsetzbar an ihrer Schule scheint dieses Konzept 27% aller Befragten.

Die Leitungen von Hauptschulen beurteilen das Kooperationsmodell deutlich kritischer als die Lehrkräfte. Nur 17% der befragten 245 Schulleitungen, die eine solche Kooperation zu organisieren hätten, halten ein Kooperationsmodell mit einer Realschule an ihrer Schule für realisierbar,

83% hingegen nicht. Auch die Hoffnungen auf die Problemlösungen sind bei Schulleitungen mit nur 10% (Verhinderung der Konzentration schwieriger Schüler) bis 17% (Erhalt kleiner Hauptschulen) geringer ausgeprägt als bei den Lehrkräften, von denen jedoch ebenfalls nur rd. ein Viertel Hoffnungen auf Besserungen äußert.

An großen Hauptschulen (vier und mehr Parallelklassen) wird zwar die Umsetzbarkeit einer Kooperation prinzipiell höher eingeschätzt (39%) als an kleineren Schulen (14%), die Hoffnung auf sachgerechte Problemlösungen durch die Kooperation mit einer Realschule sind aber an den großen Schulen mit nur 14% bis 20% am geringsten von allen Schulen.

In mittleren Städten wird die Verbesserung der Akzeptanz der Hauptschule bei Eltern und Wirtschaft durch Kooperationen mit einer Realschule kritischer eingeschätzt als in kleineren Gemeinden und in Großstädten. In Großstädten meinen immerhin ein Drittel der Befragten, dass mit einer Kooperation kleine Hauptschulen erhalten und der Schülerrückgang an Hauptschulen gebremst (27%) werden könnten.

2. Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Mittelschulen

Hauptschulen sollen ab dem Schuljahr 2010/11 zu Mittelschulen weiter entwickelt werden. Als Bedingungen dafür gelten: Zweizügigkeit, Minimum 300 Schüler und ein Ganztagsangebot der bisherigen Hauptschule, drei berufsorientierende Zweige, Kooperationen mit Berufsschule, Wirtschaft und Arbeitsagentur, individuelle Förderung in Jgst. 5/6, Differenzierungsstunden in Jgst. 7/8 mit zusätzlichen Lehrerstunden, M-Klassen in Jgst. 9 und 10. Nach Jgst. 10 soll ein mittlerer Schulabschluss „auf dem Niveau der Wirtschafts- und Realschulen“ verliehen werden, der sich aber weiter inhaltlich von diesen unterscheidet. Nach Jgst. 9 gibt es wie bisher den erfolgreichen und den qualifizierenden Hauptschulabschluss. Für Schüler in Praxisklassen wird ein „theorieentlasteter“ Schulabschluss geschaffen. Kleine Hauptschulen sollen die genannten Bedingungen im Rahmen eines Schulverbundes mit anderen Hauptschulen erfüllen, um zu einer Mittelschule zu werden.

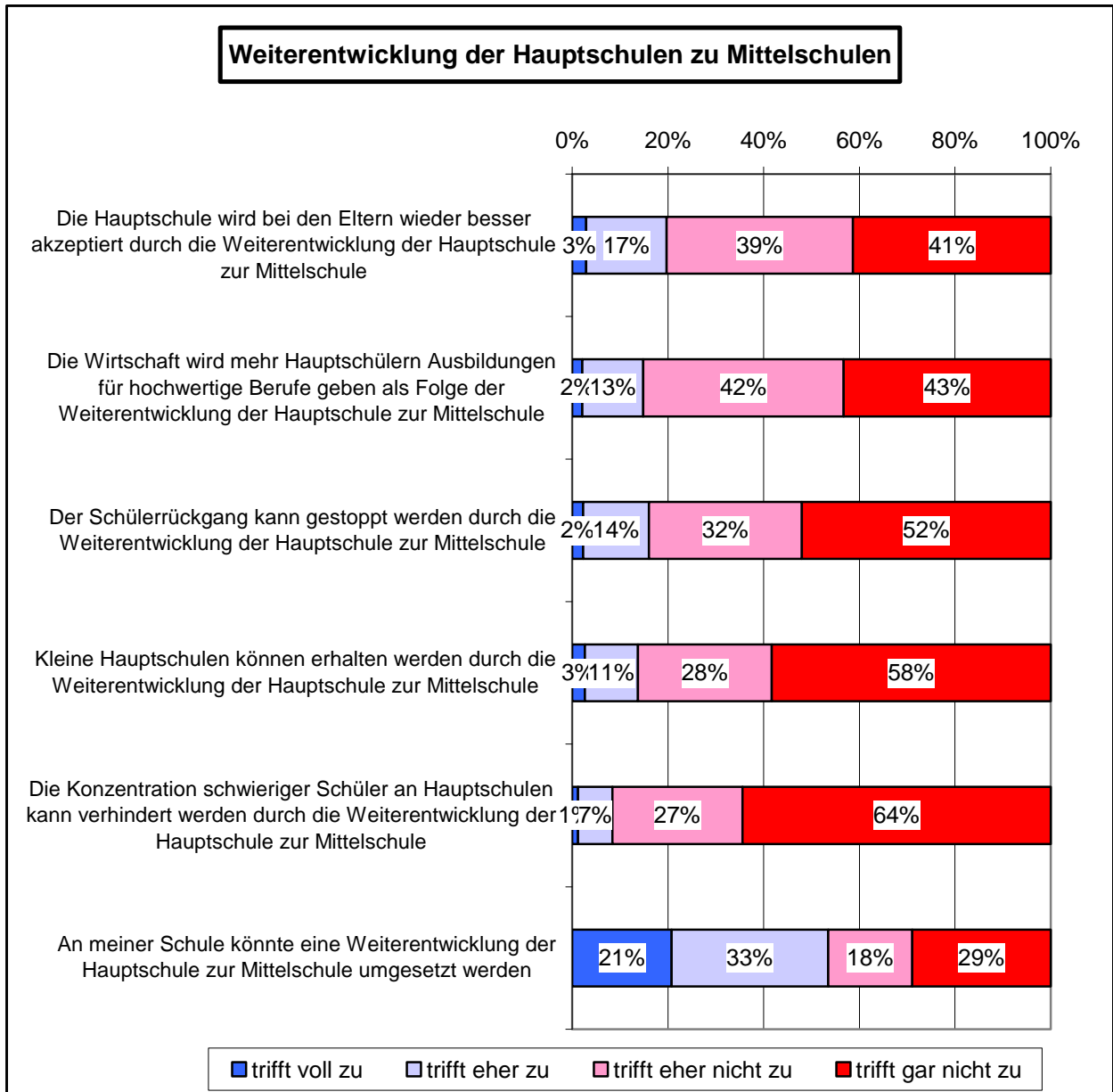
Die Realisierbarkeit einer Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Mittelschulen wird mit 54% aller Befragten deutlich positiver eingeschätzt als die Kooperation mit einer Realschule. Allerdings liegen die Erwartungen zweckmäßiger Problemlösungen unter denen von Schulkooperationen und übersteigen keine 20%. Insbesondere die Konzentration schwieriger Schüler in der neuen Mittelschule kann damit nicht verhindert werden, meinen 92%.

Zwischen den Einschätzungen von Schulleitungen und Lehrkräften bestehen bzgl. der Mittelschule keine ausgeprägten Unterschiede.

Für Befragte an einzügigen Hauptschulen stellt die Weiterentwicklung zu einer Mittelschule kaum eine aussichtsreiche Perspektive dar. Nur 17% sehen darin eine Möglichkeit für ihre Schule, während 74% der Lehrer an dreizügigen und 89% an vierzügigen Hauptschulen meinen, die Vorgaben des Ministeriums realisieren zu können. Allerdings klaffen Realisierbarkeit und die Hoffnung auf wirkliche Problemlösung extrem Maße auseinander. 22% der Befragten formulieren an großen Schulen die Hoffnung, dass sich durch eine Mittelschule die Akzeptanz der Eltern verbessern ließe. Die Möglichkeit dadurch die Konzentration schwierig zu unterrichtender Schüler zu verhindern, haben an diesen Schulen nur 10%. An kleinen Schulen sieht man das Problemlösungspotential der Mittelschule besonders skeptisch (85% bis 94% Ablehnung).

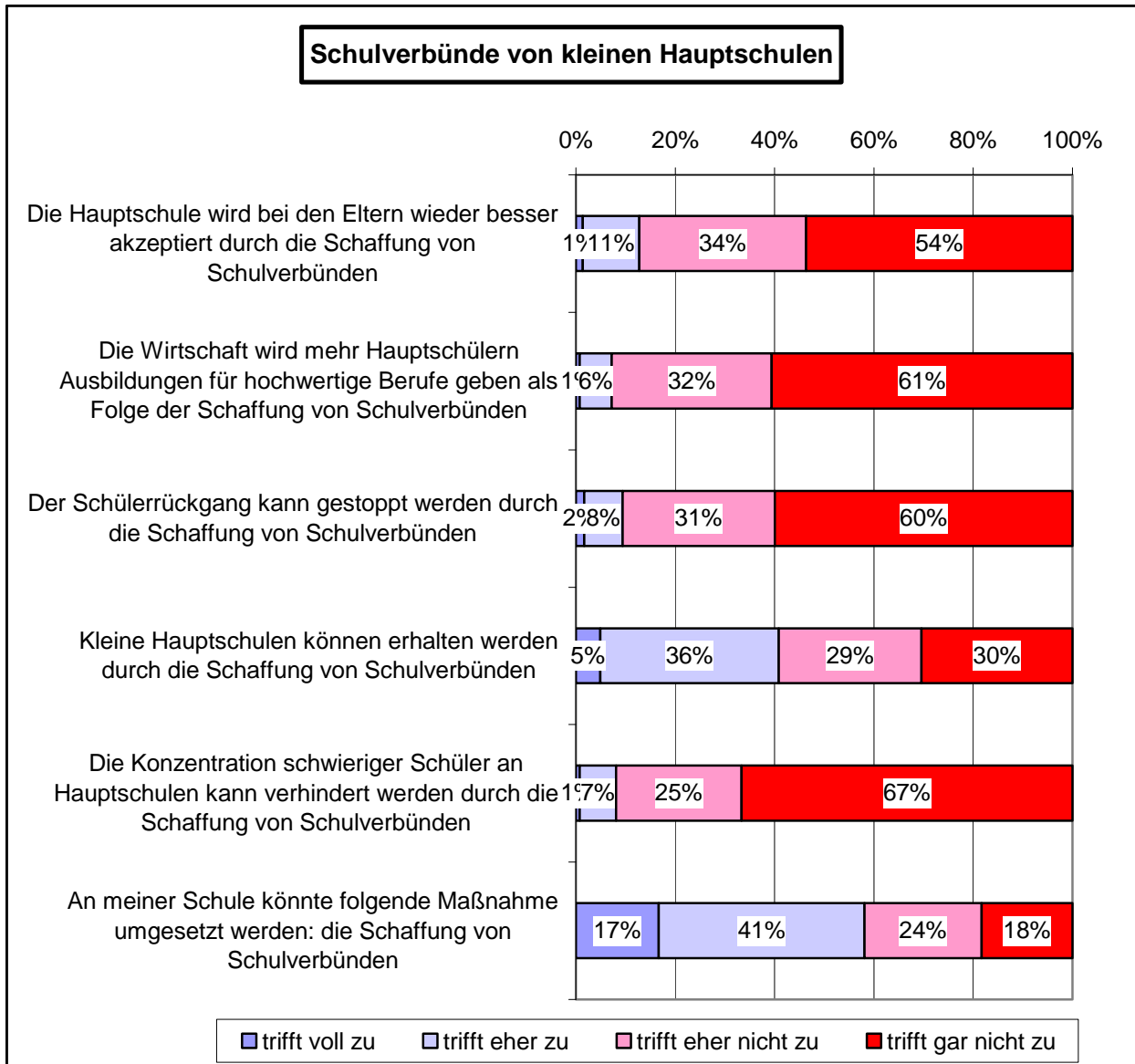
In Gemeinden über 10.000 Einwohnern, die in der vorliegenden Stichprobe im Durchschnitt 15 Klassen und mehr als 300 Schüler haben, ist für zwei Drittel der Befragten eine Mittelschule realisierbar. Die Skepsis bezüglich tragfähiger Problemlösungen ist jedoch insbesondere in den Mit-

telstädten stark ausgeprägt (82% bis 96% Ablehnung). Nur etwas geringer ist sie in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern. 75% bis 85% verbinden auch dort mit der Mittelschule kaum eine oder keine Verbesserungen.



3. Schulverbände von kleinen Hauptschulen

Kleine Hauptschulen sollen sich in festen Kooperationsformen zu Schulverbänden zusammenschließen, um das Bildungsangebot einer Mittelschule zu gewährleisten. Als Bedingungen dafür werden genannt: Kooperationsvereinbarungen der Schulen, Zweckvereinbarungen der Schulträger, Freiwilligkeit, Eigenständigkeit der Verbundschulen, Budgetierung von Lehrerstunden für den Verbund. Mindestens 300 Schüler sollen insgesamt die verbundenen Schulen besuchen. Erreicht eine Schule des Verbundes nicht mehr die Schülermindestzahl, hat der Verbund über ihre Auflösung zu beschließen.



Eine Mehrheit von Lehrkräften verbindet Hoffnungen mit der Einrichtung von Schulverbänden. 58% halten sie für realisierbar und immerhin 41% glauben mehr oder weniger, dass damit kleine Schulen erhalten werden könnten. Eine Verbesserung der Akzeptanz der Schulart oder eine Verhinderung des Schülerrückgangs sehen lediglich 7% bis 12%.

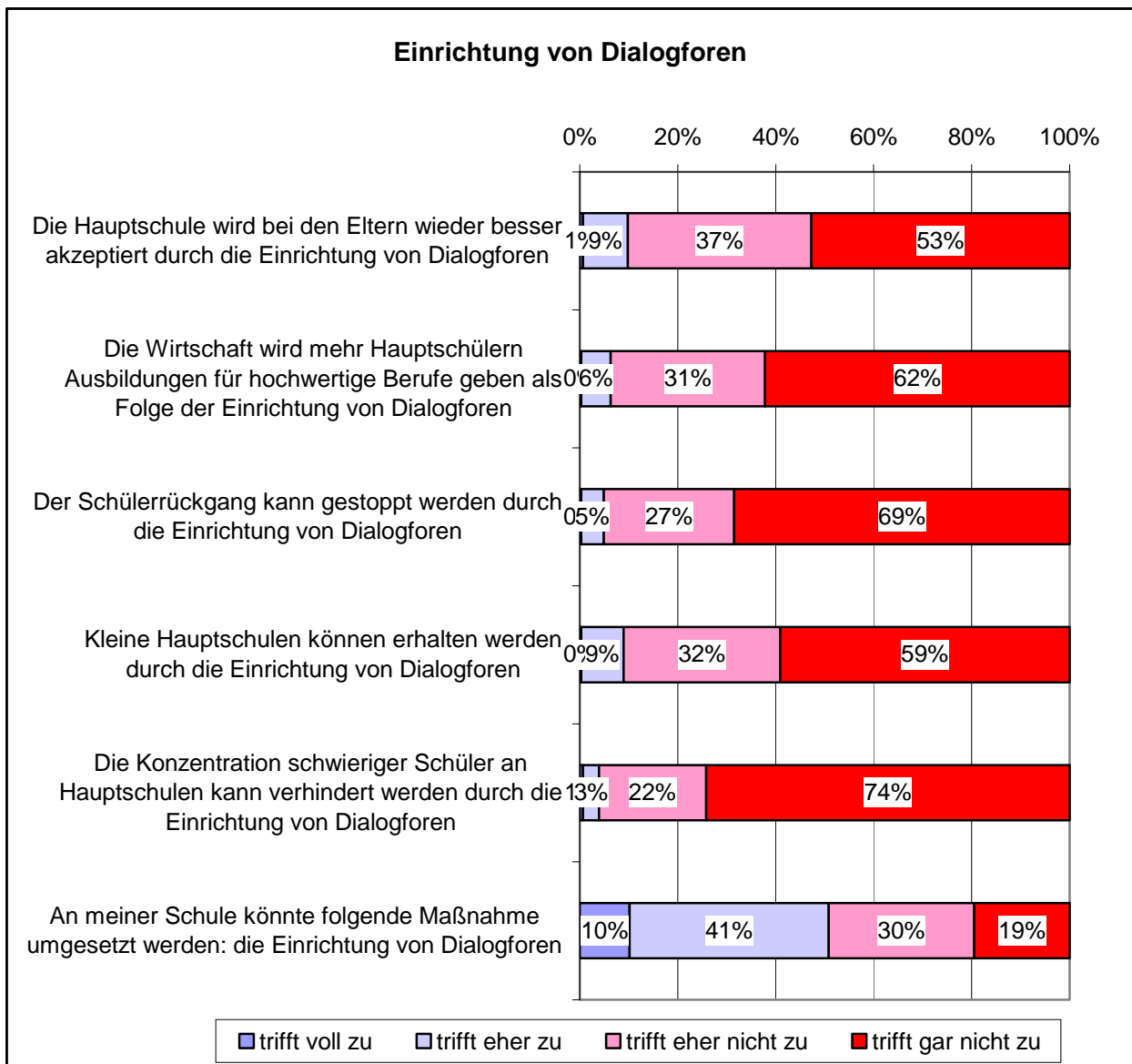
Die Urteile von Schulleitungen und Lehrkräften bezüglich der Schulverbände unterscheiden sich insgesamt nur wenig. Schulleitungen sind mit 55% etwas weniger optimistisch als Lehrkräfte (62%) bzgl. eines Verbundes ihrer Schule mit einer anderen Hauptschule. Auch die Hoffnung die Schule zu erhalten ist bei Schulleitungen mit 37% etwas geringer als bei Lehrkräften (43%).

Zwei Drittel der Befragten an einzügigen Schulen halten einen Schulverbund für machbar. Dieser Anteil sinkt bei den großen Schulen, an denen keine Notwendigkeit eines Verbundes besteht auf 50%. Die Skepsis in Bezug auf den Erhalt der kleinen Hauptschulen durch Schulverbände ist jedoch an kleinen und großen Schulen gleichermaßen verbreitet. Problemlösungen in Bezug auf

die Akzeptanz der Schule, den Schülerrückgang oder die Konzentration schwieriger Schüler sind unabhängig von der Schulgröße.

Das gleiche Bild ergibt sich bei einer Differenzierung der Aussagen nach Ortsgröße. In Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern halten zwei Drittel der Befragten einen Schulverbund für realisierbar, in Großstädten nur mehr ein Drittel. Die Wirksamkeit von Schulverbänden für den Erhalt der Schule und deren Akzeptanz werden weitgehend unabhängig von der Größe des Schulorts gleich skeptisch beurteilt.

4. Einrichtung von Dialogforen



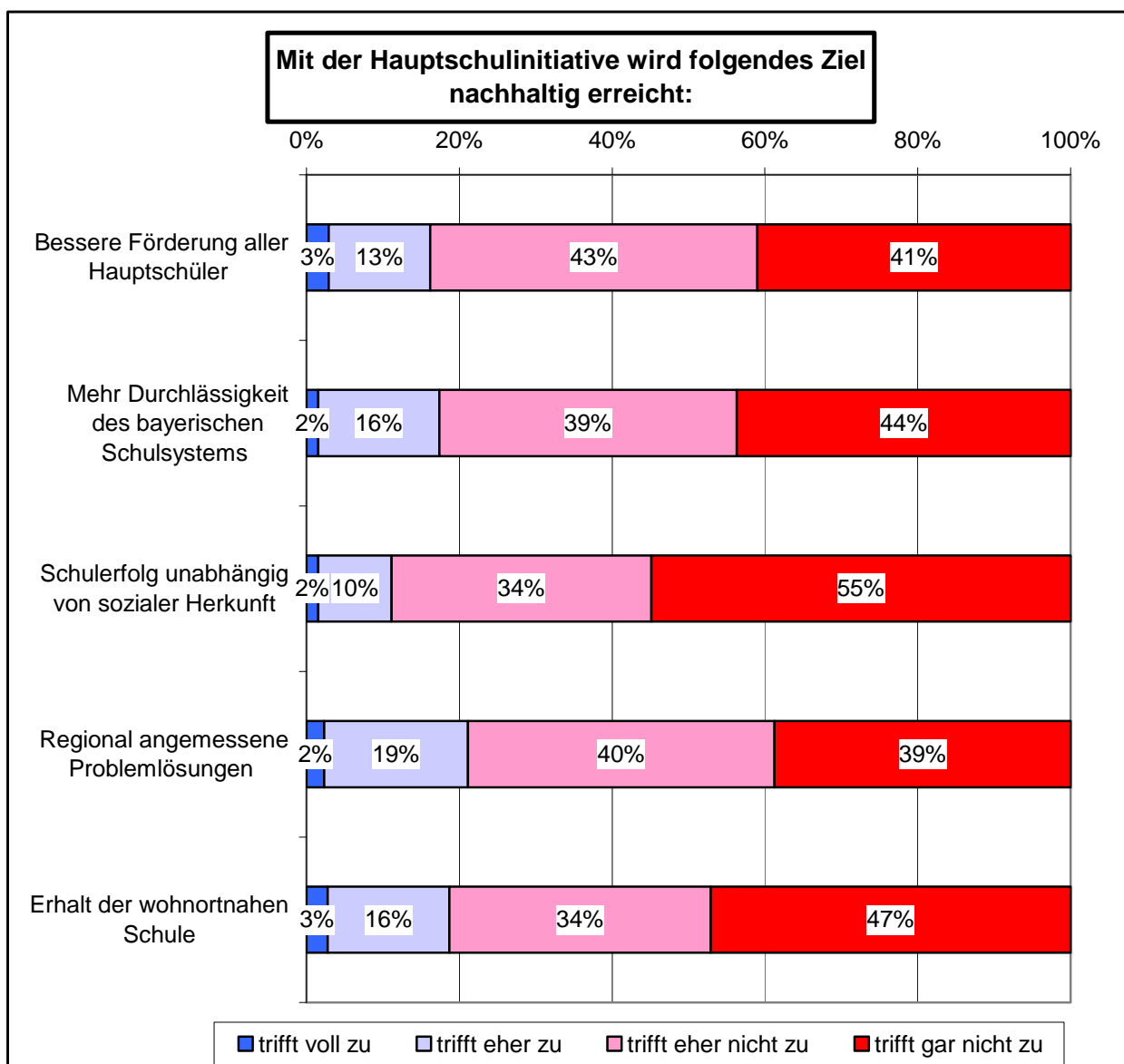
In einer Pilotphase wurden Ende des Schuljahres 2008/09 in ersten Landkreisen Dialogforen eingerichtet. Sie sollen durch die Beteiligung von Schulen, Gemeinden, Vertretern der Eltern und der Wirtschaft ein wohnortnahes, differenziertes und gerechtes Bildungsangebot von hoher Qualität sicher stellen. Folgendes Vorgehen ist für die Dialogforen vorgesehen: Das Schulamt stellt seinen in Absprache mit der Bezirksregierung erarbeiteten Strukturplan im Forum vor. Die Teil-

nehmer des Forums erörtern die Planungen. Das Schulamt nimmt ggf. Anregung auf und informiert dann über die erforderlichen Veränderungen der Schulorganisation.

Die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass zwar Dialogforen eingerichtet werden könnten, ihre Kapazität für die Lösung der Probleme an den Schulen wird jedoch mit nur 4% bis 10% am geringsten von allen Maßnahmen eingeschätzt.

Große Unterschiede in der Befürwortung bzw. Skepsis gegenüber den Dialogforen bestehen zwischen Schulleitungen und Lehrkräften, in Schulen unterschiedlicher Größe oder Schulen in ländlichen und städtischen Regionen nicht.

5. Zielerreichung der Hauptschuleinitiative



Die vom Ministerium selbst gesteckten Ziele: bessere Förderung aller Hauptschüler, mehr Durchlässigkeit des Schulsystems, Unabhängigkeit des Schulerfolges von der sozialen Herkunft, regional angemessene Problemlösungen und Erhalt der wohnortnahen Schulen werden von nur

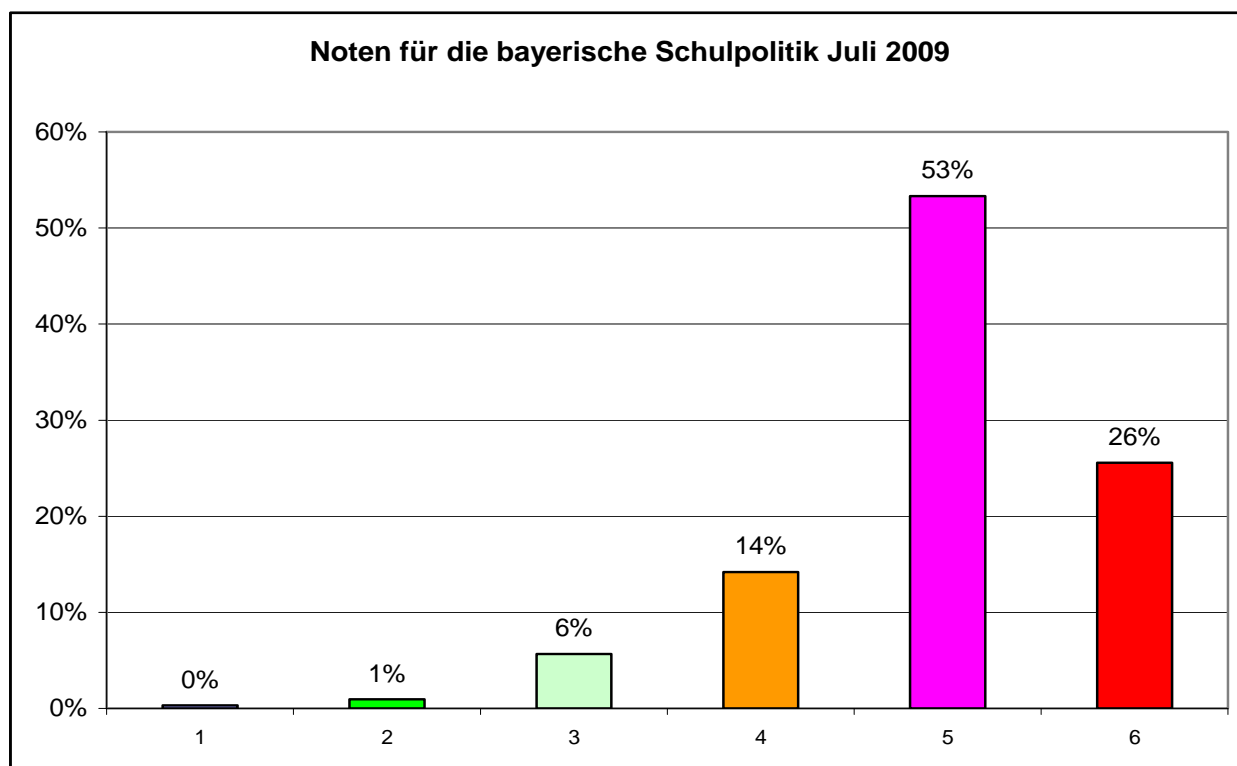
12% bis 21% der Befragten als mehr oder weniger gut erreichbar bewertet. Es wird damit nicht nur einzelnen Maßnahmen der Hauptschulinitiative wenig Wirksamkeit zugetraut, auch an das Gesamtpaket der Initiative knüpft nur eine kleine Minderheit der Befragten positive Erwartungen.

Die Unterschiede der Urteile von Schulleitungen und Lehrkräften sind dabei geringfügig. Am deutlichsten sind sie noch bei der Einschätzung der Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems: 86% der Schulleitungen bezweifeln, dass mit der Hauptschulinitiative die Durchlässigkeit verbessert werden kann, unter den Lehrkräften sind es „nur“ 81%.

Auch die Urteile der Befragten an Schulen unterschiedlicher Größe liegen sehr nahe bei einander. Die größten Abweichungen vom Mittelwert ergeben sich an dreizügigen Schulen. Dort äußern sich die Befragten zur Möglichkeit einer besseren Förderung der Schüler und der Unabhängigkeit des Schulerfolgs von der sozialen Herkunft noch etwas skeptischer als die Befragten an kleineren und sehr großen Schulen.

Größere Unterschiede ergeben sich in den Urteilen der Befragten in mittleren Städten und in Großstädten, wo hingegen die Urteile in ländlichen Regionen nahe am Durchschnitt liegen. In Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern sehen zwischen 85% und 90% die fünf Ziele durch die Hauptschulinitiative nicht erreichbar. In Großstädten über 100.000 Einwohner sind dies „nur“ zwischen 70% und 80% der Befragten. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Situation an den Hauptschulen bleiben dort in der Minderheit, sind jedoch etwas weiter verbreitet.

6. Benotung der bayerischen Schulpolitik



Nach den Einschätzungen der Hauptschulinitiative sind die von den Befragten vergebenen schlechten Noten für die bayerische Schulpolitik nur konsequent: 26% benoten sie mit ungenügend, 53% mit mangelhaft, 14% mit ausreichend, 6% mit befriedigend, 2% mit gut. Das ergibt mit

4,96 einen Notendurchschnitt, der noch 0,34 Notenpunkte niedriger liegt als bei der Hauptschulbefragung des BLLV im Juni 2008 (4,62). Damals waren die Reformmaßnahmen noch nicht angekündigt. Zwischen Schulleitungen und Lehrkräften, kleinen und großen Schulen, in ländlichen oder großstädtischen Regionen ergibt sich bei dieser Benotung kein signifikanter Unterschied.

7. Angaben zur Person, zur Schulgröße und zu den Schulorten

650 Befragte machten Angaben zu ihrer Funktion. Unter den Befragten sind 245 Schulleiter, rd. ein Viertel der Schulleiter von Hauptschulen in Bayern.

Funktion der Befragten	N	%
Schulleitung	245	38%
Lehrkräfte	363	56%
Andere Personen	42	6%
Summe	650	100%

Von 615 Befragten liegen Angaben über die Größe der Hauptschule vor, an der sie unterrichten. Ein Fünftel der Schulen wurden einzügig, ein weiteres Drittel zweizügig geführt.

Schulgröße	N	%
Einzügig bis 7 Klassen	129	21%
Zweizügig 8 bis 12 Klassen	212	34%
Dreizügig 13 bis 17 Klassen	167	27%
Vierzügig 18 bis 22 Klassen	74	12%
Mehr als vierzfügig über 22 Klassen	33	5%
Summe	615	100%

639 Befragte machten Angaben zu Größe des Schulorts. Gut die Hälfte der Befragten unterrichtet an Schulen in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern.

Größe des Schulorts	N	%
unter 2.000 Einwohner	25	4%
bis 5.000 Einwohner	140	22%
bis 10.000 Einwohner	171	27%
bis 20.000 Einwohner	143	22%
bis 100.000 Einwohner	79	12%
über 100.000 Einwohner	81	13%
Summe	639	100%